

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung

- zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 FAG**
- zur Förderung von Gutachten zur Haushaltskonsolidierung gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 FAG**
- zur Überwindung außergewöhnlicher und struktureller Belastungen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 2 FAG**

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage im Haushalt des Jahres, auf das sich der Antrag bezieht

Aufgestellt auf Grund

- des Haushaltsplanes
- des Nachtragshaushaltsplanes
- der Jahresrechnung

am

a) Allgemeine Kennziffern

	TEUR	EUR/Einwohner
1. Haushaltsvolumen		
davon: Verwaltungshaushalt		
Vermögenshaushalt		
	Anzahl	je 1 000 Einwohner
2. Anzahl der Stellen in: der Kernverwaltung		
den nachgeordneten Einrichtungen		
3. Zahl der Eigen- u. Beteiligungsgesellschaften ¹		***
	TEUR	EUR/Einwohner
4. Schuldenstand zum a) Antragsstichtag		
b) 31. Dezember des Jahres, in dem		
der Fehlbetrag entstanden ist		
(ohne Kassenkredite)		
Kassenkredite zum c) Antragsstichtag		
5. Finanzierungssaldo nach der Finanzierungsübersicht		

b) Hebesätze zum Antragsstichtag

- 1. Grundsteuer A in Prozent
- 2. Grundsteuer B in Prozent
- 3. Gewerbesteuer in Prozent

c) Angaben zur Haushaltsstruktur (Verwaltungshaushalt)

	Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
1. Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	299		
davon: Grundsteuer A und B	001,002		
Gewerbesteuer (brutto)	003		
Gebühren, Entgelte, und ähnliches	10-15, 21, 263, 265		
Allgemeine Finanzaufweisungen	041		
Kreisumlage ²	072		
Zuführung von Vermögens- an Verwaltungshaushalt	28		
2. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	899		
davon: Personalausgaben	4		
Zinsausgaben am Kreditmarkt	808		
Kreisumlage	832		
Zuführung von Verwaltungs- an Vermögenshaushalt	86		
3. Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt	299./899		

¹ Genaue Auflistung in der Begründung mit Jahresabschlüssen, Personalstellen und Zuschussbedarf

² nur Landratsämter

	Gruppierungs- Nummer laut Gruppierungsplan	TEUR	EUR/Einwohner
4. kalkulatorische Abschreibungen	680		
5. Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt = Ordentliche Tilgungen + Kreditbeschaffungskosten	970 - 977 990		

III. Kosten eines Gutachtens

a) Kosten des Gutachtens laut Angebot EUR

b) Beginn der Maßnahme/geplanter Fertigstellungstermin/.....

IV. Höhe des Fehlbetrages/der außergewöhnlichen Belastung: EUR

V. Angaben zum beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzept gemäß Anlage:

1. Ausgabenminderungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: EUR

2. Einnahmeerhöhungen im Ausgleichsjahr in Höhe von: EUR

VI. Höhe der beantragten Zuweisung: EUR

VII. Fördermittel für kommunale Investitionen (ohne Kredite) - Stand zum Zeitpunkt der Antragstellung

1. Beantragte Fördermittel insgesamt EUR

2. Bewilligte Fördermittel (nach Arten) EUR

3. In Anspruch genommene Fördermittel EUR

VIII. Zielstellung des Gutachtens/des Projektes

(Kurze Beschreibung der geplanten Ziele, zum Beispiel Senkung des Haushaltsdefizites, mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung)

IX. Begründung des Antrages einschließlich der Begründung eines eventuell entstandenen Fehlbetrages oder der außergewöhnlichen Belastung (Nachweis der offenen Kostendeckung innerhalb von 3 Jahren)

X. Sonstige Erläuterungen

XI. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises vom

Übersicht zum allgemeinen Rücklagenbestand (in EUR):

Haushaltsjahr:

Position	Bestand zum 1. Januar des Haushaltsjahres	Geplante Entnahme im Haus- haltsjahr	voraussichtlicher Bestand zum 31. Dezember des Haushalts- jahres	Zweck der Entnahme
Allgemeine Rücklage
davon ¹ : investive Schlüsselzuweisungen
.....
.....
.....
.....

Mindestrücklage gemäß § 20 Abs. 2 KomHVO: EUR

¹ die Summe der Davon-Positionen muss den allgemeinen Rücklagenbestand ergeben

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises vom

Übersicht zum Schuldenstand (in EUR):**Haushaltsjahr:**

Position	Bestand zum 1. Januar des Haushalts- jahres	genehmigte Kredit- aufnahme im Haushalts- jahr	geplante Tilgung im Haushalts- jahr	voraussicht- licher Bestand zum 31. Dezember des Haushalts- jahres	Zweck der Kreditaufnahme
Schulden am Kreditmarkt
Sonstige Kreditschulden ¹⁾
kreditähnliche Rechtsgeschäfte
Bürgschaften
	Genehmigt/ Genehmi- gungsfrei	Inanspruch- nahme zum Antrags- stichtag			
Kassenkredit			

¹ bitte aufgliedern

zum Antrag der/des Gemeinde/Landkreises vom

Übersicht zu den materiellen und immateriellen kommunalen Vermögenswerten¹:

Stichtag:

Position	Anlagevermögen in EUR	zur pflichtigen Aufgabenerfüllung benötigt ²⁾
.....
.....
.....
.....
.....

¹ Zu den Vermögenswerten gehören neben beweglichem und unbeweglichem Vermögen auch Aktien, Fonds sowie andere Formen der Vermögensbildung und Beteiligungen. Für unbewegliche und bewegliche Sachen und grundstücksgleiche Rechte genügt eine Auflistung gemäß § 36 KomHVO ohne Wertangaben, soweit eine Wertermittlung nicht vorliegt.

² bitte begründen

Über die Rechtsaufsichtsbehörde an
die Bewilligungsbehörde (Anschrift)

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Antrag
auf Gewährung einer Bedarfszuweisung
zur Förderung der Einstellung von Studenten und Absolventen des gehobenen
Dienstes der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen gemäß
§ 22 Abs. 2 Nr. 3 FAG

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)

II. Bezeichnung der Studenten (Angaben aus den Unterlagen, die dem Antrag als Anlage beigelegt sind)

(Liste der Studenten als Anlage)
Bezeichnung des Studiengangs
Voraussichtliche Dauer des Studiums vom bis zum

III. Höhe des Ausbildungskostenzuschusses (listenmäßige Darstellung als Anlage zum Antrag)

<input type="checkbox"/> monatliche Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr
2007/2008 _____ EUR
2008/2009 _____ EUR

gesamte Ausbildungskosten je Student im Ausbildungsjahr

2007/2008 _____ EUR

2008/2009 _____ EUR

beantragter Zuschuss je Student für das Ausbildungsjahr

2007/2008 _____ EUR

2008/2009 _____ EUR

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.
- c) Dem Antragsteller ist bekannt, dass der Wegfall subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich dem zuständigen Regierungspräsidium mitzuteilen ist.

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

Hinweis:

Es wird auf die Bestimmungen gemäß Abschnitt III Nr. 4 Buchst. d der VwV Bedarfszuweisungen aufmerksam gemacht. Für den Fall der Bewilligung bleibt die Rückforderung eines Anteils der Fördersumme vorbehalten. Aus diesem Grund wird empfohlen, die Beschäftigungsverhältnisse mit den Absolventen derart vertraglich auszugestalten, dass bei diesen eine entsprechende Rückforderung möglich bleibt.

Über die Rechtsaufsichtsbehörde
und das Regierungspräsidium
an das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen¹
Carolaplatz 1

01097 Dresden

Ort, den
Fernsprecher
Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag **auf Gewährung einer Bedarfszuweisung**

zur Förderung eines freiwilligen

- Kreiszusammenschlusses gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 FAG**
- Gemeindezusammenschlusses gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 FAG**

I. Antragsteller

Name, Bezeichnung	
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefonnummer, E-Mail Adresse)	
Gemeindeschlüssel: 14	Einwohnerzahl gemäß § 30 FAG
Bankverbindung (Kontonummer, Bankleitzahl, Kreditinstitut)	

II. Höhe der beantragten Zuweisung:

..... EUR

III. Begründung des Antrages¹ (gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

¹Nur bei Anträgen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 FAG.

IV. Erklärung des Antragstellers

- a) Die in diesem Antrag einschließlich Antragsunterlagen gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- b) Der Antragsteller hat betroffene Personen auf die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten hingewiesen und sichergestellt, dass die im Antrag aufgeführten personenbezogenen Daten an die Bewilligungsbehörde weitergegeben und von dieser für das Auszahlungsverfahren der Landeszuweisung verarbeitet werden dürfen.

V. Anlagen

- Urkunde über den freiwilligen Gemeindegemeinschaft
- Gründungsdokument der neuen Gebietskörperschaft (beglaubigte Abschrift)
- Entwurf des Haushaltsplanes der neuen Einheitsgemeinde¹

Ort, Datum, Siegel, Unterschrift

¹ Nur bei Anträgen gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 4 Satz 3 FAG.